

Kurzbericht der Dialogreihe vom 10.07.2024 zum Thema „Gesundheit und Demokratie“

Die Gesundheit der Bevölkerung wird von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. In Deutschland steht die Demokratie derzeit vor großen Herausforderungen, sodass teamw()rk und die KGC Hessen sich dazu entschieden haben, die erste Dialogreihe im Jahr 2024 dem Thema Gesundheit und Demokratie zu widmen.

Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger von der Universität Bielefeld verdeutlichte in seinem [Vortrag](#) den Zusammenhang zwischen Gesundheitsförderung und der Stärkung demokratischer Prozesse in der Kommune.

Dabei ging er auf den Begriff Demokratie als grundlegende Voraussetzung für Gesundheit ein und stellte die Rolle von Gesundheitsförderung für demokratisches Handeln – auch im kommunalen Kontext dar. Prof. Gerlinger erklärte, dass Demokratie mehr als ein parlamentarisches System umfasse, da sich ihre Qualität durch eine umfassende Selbstbestimmung der Bürger*innen in der Gestaltung ihrer Lebenswelten auszeichnet. Im modernen Verständnis von Gesundheitsförderung sind Selbstbestimmung und Partizipation zentrale Ansätze, die nur durch demokratische Institutionen und ein demokratisch organisiertes Gemeinwesen realisiert werden können. Ein zentrales Problem hierbei ist die ungleiche Verteilung der Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme, trotz formaler Gleichheit in Wahl- und Mitbestimmungsrechten.

Am Ende betonte Prof. Gerlinger, dass Gesundheitsförderung demokratische Beteiligung als wirksam und nützlich erlebbar machen könne. Eine demokratische Kultur sei dabei entscheidend für die gesundheitsgerechte Gestaltung von Lebensbedingungen, da Betroffene ihre eigenen Belastungen, Bedarfe und Ressourcen am besten kennen. Zudem habe die Erfahrung, Lebensbedingungen aktiv beeinflussen und mitgestalten zu können, positive Auswirkungen auf die psychosoziale Gesundheit. Es sei entscheidend zu beachten, dass die Bereitschaft und Fähigkeit zum selbstbestimmten Handeln nicht vorausgesetzt werden könne, sondern häufig erst durch Unterstützung und Begleitung entwickelt werden müsse. Dieser Prozess, bekannt als Empowerment, zielt darauf ab, Menschen zu befähigen, selbstbestimmt über ihre Gesundheit zu entscheiden und sie bis hin zur Selbstorganisation zu stärken. Somit kann eine selbstbestimmte und partizipative Gesundheitsförderung sowohl demokratische Prinzipien in verschiedenen Lebensbereichen erweitern und vertiefen als auch das Vertrauen in die Demokratie stärken.

Nach dem Vortrag wurde mit den Teilnehmenden diskutiert, welche Voraussetzungen in der Kommune notwendig sind, damit Bürger*innen an der Gestaltung einer gesundheitsförderlichen Gesamtpolitik (Health in All Policies) mitwirken können. Folgende Bedingungen wurden genannt: das Gemeinwohl der Bürgerschaft müsse im Mittelpunkt stehen, die Beteiligungsmöglichkeiten dürften nicht nur auf dem Wahlvorgang begrenzt sein, eine Bereitschaft der kommunalen Akteur*innen sei erforderlich, Bund und Länder müssten finanzielle Mittel für Personal und nachhaltige Rahmenbedingungen bereitstellen. Darüber hinaus sei die Förderung lokaler Netzwerkarbeit wichtig, um Ressourcen zu bündeln und Parallelstrukturen zu vermeiden.

Ein Ziel der Dialogreihe ist der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Nach einem kurzen Austausch in Break-Out-Rooms kamen die Teilnehmenden zu einem Interview zusammen. Wir konnten Vertreterinnen aus verschiedenen Institutionen gewinnen, um praktische Einblicke in das Thema zu geben. Die Interviewpartner*innen berichteten aus unterschiedlichen Perspektiven, wie sie Ansätze der Gesundheitsförderung nutzen, um demokratische Prozesse in Kommunen zu fördern. Sie zeigen

zudem auf, wie Empowerment, Beteiligung und soziale Teilhabe dazu beitragen können, die Demokratie und die Gesundheit der Bürgerschaft vor Ort zu stärken.

Andrea Ruske-Wolf vom [FamilienZentrum Bad Sooden-Allendorf e.V.](#) erläuterte, dass Familienzentren für alle Familien offen sind und als Begegnungsort für Menschen aus allen Lebenswelten den Austausch von Erfahrungen und Perspektiven ermöglichen. Partizipation und Mitbestimmung spielen in Familienzentren eine zentrale Rolle, indem sie den Bedürfnissen der Menschen Gehör verschaffen. Dies fördere die demokratische Teilhabe und ein Gefühl der Mitverantwortung.

Lynn Stovall von der [Servicestelle Gemeinwesenarbeit Hessen \(GWA\)](#) berichtete, dass viele Quartiere Themen wie Bewegung und Ernährung als Mittel zur Begegnung nutzen, um Menschen zusammenzubringen sowie Vorurteile abzubauen und so gleichzeitig gesundheitsrelevantes Wissen vermitteln. In Kassel gestaltet die Servicestelle GWA ein Quartier gesundheitsfördernd unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Hier zielen Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich Bewegung darauf ab, sowohl die Gesundheit der Bürger*innen zu fördern als auch demokratische Prozesse vor Ort zu stärken. Dabei unterstrich sie die Wichtigkeit, die Lebenslage der Menschen und ihre Ressourcen für eine aktive Beteiligung mitzudenken. Häufig seien Beteiligungsformate sehr hochschwellig, was die Teilhabe für viele erschwere.

Tzvetina Arsova Netzelmann vom [nexus Institut](#) betonte aus wissenschaftlicher Perspektive die Bedeutung von mündigen Bürger*innen für die Demokratieförderung und Gesundheitsförderung. Empowerment müsse von Beginn an stattfinden, wo Bürger*innen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelten auftreten und diese aktiv gestalten können. Sie hob die Notwendigkeit von verhältnis- und strukturorientierter Arbeit hervor und forderte verlässliche Räume und Strukturen, die eine nachhaltige Beteiligung ermöglichen, insbesondere auf kommunaler Ebene. Frau Netzelmann appellierte an die Anwesenden, mit Verantwortlichen zu sprechen, um die Umsetzung in den Kommunen voranzutreiben. Es bedarf politischen Willens, um die Empfehlungen aus Bürgerdialogen tatsächlich umzusetzen. Sie schloss mit den Worten, dass Empowerment, Verhältnisansätze und viel Mut entscheidend seien.